Ressort: Politik

Justizminister erwarten Ausgleich für zusätzliche Richterstellen

Erfurt, 03.06.2018, 17:51 Uhr

GDN - Der Vorsitzende der Justizministerkonferenz der Länder, Thüringens Justizminister Dieter Lauinger (Grüne), erwartet vom Bund klare finanzielle Zusagen für die im Koalitionsvertrag von Union und SPD vereinbarten zusätzlichen 2.000 Stellen für Richter und Staatsanwälte. "Es kann nicht sein, dass der Bund beschließt und die Länder zahlen", sagte Lauinger dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Montagsausgaben) vor der am Mittwoch in Eisenach beginnenden Justizministerkonferenz.

"Das Problem ist doch, dass die meisten Richter Landesbedienstete sind. Sie können also nicht direkt vom Bund bezahlt werden." Der Grünen-Politiker zeigte sich offen für entsprechende Gespräche zwischen Ländern und Bund. "Wenn wir Richter einstellen und bezahlen, erwarten wir auf der anderen Seite dafür eine finanzielle Kompensation." Das sei doch klar. "Wir sind gespannt auf die Angebote aus Berlin."

Bericht online:

https://www.germandailynews.com/bericht-107101/justizminister-erwarten-ausgleich-fuer-zusaetzliche-richterstellen.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc. 3651 Lindell Road, Suite D168 Las Vegas, NV 89103, USA (702) 943.0321 Local (702) 943.0233 Facsimile info@unitedpressassociation.org info@gna24.com www.gna24.com